

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 21. März 2013

Antrags-Nr. 13-F-03-0030

Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) voranbringen - Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.03.2013 -

Die EU-Kommission hat die Bundesregierung am 20.2.2013 aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Erreichung der vorgegebenen Luftqualität durchzuführen. In 33 von insgesamt 57 betroffenen Regionen, auch dem Rhein-Main-Gebiet, müsse sofort gehandelt werden. Erreichen lassen sich die notwendigen Schadstoffreduzierungen kurzfristig nur über Einschränkungen des Verkehrs, z. B. über Geschwindigkeitsbeschränkungen. Als letzte Konsequenz kommen auch Fahrverbote in Betracht. Als Ausweg bietet sich der Ausbau des ÖPNV an. Der Wiesbadener ÖPNV ist jedoch bereits heute überlastet, sein Ausbau ist daher zwingend.

Das hat auch die Stadtverordnetenversammlung erkannt und parlamentarisch erstmals am 16.06.2011 als Beschluss Nr. 0250 zu einem Prüfauftrag festgehalten. Abgefragt wurden u. a. Trassen und Finanzierungs- sowie Betreibermodelle.

Der Bericht hierzu erfolgte am 21.12.2011 in der Stadtverordnetenversammlung unter TOP I/10. Der daraus ausgehende Beschluss Nr. 0786 forderte u. a.

- eine zu den laufenden Untersuchungen breite, professionelle Öffentlichkeitsarbeit
- eine Darstellung von Vor- und Nachteile der Systeme Schiene und Bus

Die Umsetzung dieser Beschlussteile steht bis heute aus. Stattdessen erfolgte lediglich ein Sachstandsbericht im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr zum 12.6.2012, also vor mehr als einem halben Jahr.

So breiten sich Gerüchte und Halbwahrheiten stadtweit in der Bevölkerung aus, ohne dass dem gezielt mit der bereits beschlossenen Informationskampagne durch den Magistrat entgegengewirkt wird. Vergleicht man die Herangehensweise mit der Informations- und Beteiligungspolitik der Stadt Mainz beim Projekt „Mainzelbahn“, so ist festzuhalten, dass in Wiesbaden nichts Vergleichbares stattfindet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass das Projekt „**Regiobahn**“ nicht mehr im Zeitplan liegt und damit das Projekt insgesamt gefährdet wird.
2. Der Magistrat wird gebeten,
das Projekt „**Regiobahn**“ energisch und gezielt voranzutreiben, indem
 - a. alle noch offenen Punkte aus Beschluss Nr. 0786 (Sitzung 21.12.2011) abgearbeitet werden (z.B. Einarbeitung in den lokalen Nahverkehrsplan gemäß Punkt II.3., Bericht zu EU-Fördermöglichkeiten gemäß Punkt II.5.) und die erarbeiteten Unterlagen den Gremien ohne Verzögerung vorgelegt werden (gemäß Punkt II.1.);

-
- b. insbesondere jedoch die notwendigen Schritte gem. Punkt I.2.a. des o.g. Beschlusses („breite, professionell unterstützte Öffentlichkeitsarbeit“) in Verbindung mit Darstellung der Ergebnisse aus Punkt I.2.b. („die Vor- und Nachteile des schienengebundenen Verkehrssystems gegenüber alternativen ÖPNV-Systemen ... darzustellen“) spätestens bis zum Juni 2013 eingeleitet werden; hierbei ist auch Punkt II.2. zu beachten;
 - c. noch offene Fragen der Planungen benannt und Entscheidungen hierzu ohne Verzögerung herbeigeführt werden;
 - d. die hierfür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Änderungsantrag CDU und SPD vom 19.03.2013

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag 13-F-03-0030 wird wie folgt geändert:

A. Punkt 1 wird wie folgt neu gefasst:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Entschluss 0768 vom 21.12.2011. Die laufenden Untersuchungen des Stadtentwicklungsdezernates zur Einführung eines schienengebundenen ÖPNV-Systems für Wiesbaden werden ausdrücklich begrüßt. Der Magistrat wird gebeten die Prüfungen möglichst rasch zu einem Abschluss zu bringen, damit in der Stadtgesellschaft auf Basis von Fakten über das Projekt diskutiert werden kann.

B. Punkt 2 erhält folgende neue Fassung

2. Der Magistrat wird ferner gebeten, in der Endphase der Prüfungen dafür Sorge zu tragen, dass

Unterpunkte a.-d. unverändert.

Beschluss Nr. 0124

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 11.03.2013 betr.

Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) voranbringen

wird in der Fassung des Änderungsantrages von CDU und SPD wie folgt angenommen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Entschluss 0768 vom 21.12.2011. Die laufenden Untersuchungen des Stadtentwicklungsdezernates zur Einführung eines schienengebundenen ÖPNV-Systems für Wiesbaden werden ausdrücklich begrüßt. Der Magistrat wird gebeten die Prüfungen möglichst rasch zu einem Abschluss zu bringen, damit in der Stadtgesellschaft auf Basis von Fakten über das Projekt diskutiert werden kann.
2. Der Magistrat wird ferner gebeten, in der Endphase der Prüfungen dafür Sorge zu tragen, dass
 - a. alle noch offenen Punkte aus Beschluss Nr. 0786 (Sitzung 21.12.2011) abgearbeitet werden (z.B. Einarbeitung in den lokalen Nahverkehrsplan gemäß Punkt II.3., Bericht zu

EU-Fördermöglichkeiten gemäß Punkt II.5.) und die erarbeiteten Unterlagen den Gremien ohne Verzögerung vorgelegt werden (gemäß Punkt II.1.);

- b. insbesondere jedoch die notwendigen Schritte gem. Punkt I.2.a. des o.g. Beschlusses („breite, professionell unterstützte Öffentlichkeitsarbeit“) in Verbindung mit Darstellung der Ergebnisse aus Punkt I.2.b. („die Vor- und Nachteile des schienengebundenen Verkehrssystems gegenüber alternativen ÖPNV-Systemen ... darzustellen“) spätestens bis zum Juni 2013 eingeleitet werden; hierbei ist auch Punkt II.2. zu beachten;
- c. noch offene Fragen der Planungen benannt und Entscheidungen hierzu ohne Verzögerung herbeigeführt werden;
- d. die hierfür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2013

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2013

- 1. Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- 2. Abdruck:
Dezernat I/20
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister